

Rentenreform: Mehr arbeiten für weniger Rente - Experten warnen!

Clemens Fuest fordert Rentenreform in Deutschland. Kritiker warnen vor sozialen Ungerechtigkeiten und Lebensrealitäten.



Deutschland - Die Debatte um die Rentenreform in Deutschland nimmt an Fahrt auf, nachdem Clemens Fuest, Präsident des ifo Instituts, in der Sendung „Münchner Runde“ eine grundlegende Reform gefordert hat. Seine Forderungen rufen breite Kritik hervor, insbesondere von Sozialverbänden wie dem Sozialverband Deutschland (SoVD), der seine Vorschläge als „realitätsfern und sozial ungerecht“ bezeichnet. Fuest plädiert dafür, dass die Deutschen länger arbeiten sollten und schlägt zudem vor, das Renteneintrittsalter zu erhöhen sowie die Rentensteigerungen zu verlangsamen. Er warnt, dass zukünftige Renten nicht mehr so stark steigen können wie die Löhne, was die gesamte Rentenstruktur in Frage stellt.

Aktuell liegt die Regelaltersgrenze für Personen, die ab dem 1. Januar 1964 geboren sind, bei 67 Jahren. Fuest kritisiert jedoch, dass ein höheres Renteneintrittsalter besonders unfair für Menschen mit geringerer Lebenserwartung sei. Die Kollegin Christiane Benner, Vorsitzende der IG Metall, wies diese Argumentation zurück und betonte, dass das Renteneintrittsalter für 25% der Beschäftigten problematisch sei. Diese Diskussion über das Renteneintrittsalter wird vor dem Hintergrund des Rentenpakets II geführt, das Ende Mai 2025 vom Bundeskabinett beschlossen wurde, um langfristig das Rentenniveau zu stabilisieren und die Finanzierbarkeit der Rente angesichts des demografischen Wandels zu gewährleisten.

Rentenstruktur und gesetzliche Rahmenbedingungen

Die gesetzliche Rentenversicherung, die 1889 eingeführt wurde, ist für viele Senioren die Hauptquelle ihres Einkommens. Laut aktuellen Statistiken bezogen 2019 92% der Seniorinnen und 88% der Senioren gesetzliche Rente. Um die steigende Zahl der Rentner in einem sinkenden Verhältnis zu Beitragszahlenden zu bewältigen, wird das Renteneintrittsalter schrittweise bis 2031 auf 67 Jahre angehoben. Diese Anhebung wurde bereits 2019 mit dem Jahrgang 1947 eingeleitet und erfolgt nun jährlich um einen Monat, bis 2023. Ab 2024 sollen die Geburtsjahrgänge ab 1959 in 2-Monats-Schritten an die neue Altersgrenze angepasst werden.

Ein vorzeitiger Renteneintritt ist möglich, führt jedoch zu Abschlägen. Hierbei können verschiedene Faktoren, wie Gesundheitszustand, private und berufliche Situation, entscheidend sein. Im Falle eines vorzeitigen Rentenbezugs wird beispielsweise eine Minderung von 3,6% pro Jahr vorgenommen. Dazu kommt, dass eine Erhöhung des Rentenbeginns nach dem regulären Alter mit einem Zuschlag von 0,5% pro Monat honoriert wird.

Kritik und Herausforderungen

Die Kritik an den Reformvorschlägen verdeutlicht die Uneinigkeit innerhalb der Ampel-Regierung und unter den Sozialverbänden. Insbesondere der BDA warnt vor den möglichen Mehrkosten von 500 Milliarden Euro über die nächsten 20 Jahre und fordert ebenfalls eine Anhebung des Renteneintrittsalters. Gleichzeitig äußert Ines Schwerdtner, Parteivorsitzende der Linken, Skepsis gegenüber den Vorschlägen von Arbeitsministerin Bärbel Bas (SPD), die eine Ausweitung der Beitragszahlungen von Politikern und Selbständigen in die Rentenkasse vorsieht.

Ob und wie es während des demografischen Wandels gelingt, die Renten dauerhaft zu sichern, bleibt abzuwarten. Der demografische Wandel zeigt bereits jetzt erste Auswirkungen, da die Anzahl der über 65-Jährigen bis 2040 auf mindestens 22,7 Millionen wachsen wird. Während die Renten weiterhin die Hauptquelle des Einkommens im Alter bleiben, sind viele Senioren von Altersarmut betroffen, deren Rate unter den über 65-Jährigen 2022 bei 18,1% lag. Die geplanten Reformen müssen nun im Bundestag eingebracht werden, um wirksam werden zu können.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Deutschland
Quellen	• www.infranken.de • www.deutsche-rentenversicherung.de • www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net